



Private Bildungsausgaben für Kinder: Einkommensschwache Familien sind relativ stärker belastet

Private Bildungsausgaben für Kinder: Einkommensschwache Familien sind relativ stärker belastet
DIW-Studie verwendet umfassendes Ausgabenkonzept: Neben Bildungsausgaben für Kita und Schule werden auch Ausgaben für non-formale Bildungsangebote wie Freizeitaktivitäten erfasst - Forscher empfehlen, Beiträge stärker an das Einkommen zu koppeln
Familien, die Geld für die Bildung ihrer Kinder ausgeben, sind umso stärker belastet, je weniger Einkommen sie haben: Während der entsprechende Anteil am monatlichen Haushaltseinkommen im unteren Fünftel der Einkommensskala bei rund vier Prozent liegt, sinkt er auf gut drei Prozent bei den einkommensstärkeren Familien. Bezieht man auch jene Familien ein, die keine Bildungsausgaben tätigen, entweder weil sie die Angebote nicht nutzen oder von Beiträgen befreit sind, nimmt der Anteil der Bildungsausgaben mit dem Einkommen zu. Das geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hervor, die auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und der Zusatzstichprobe Familien in Deutschland (FID) basiert. Den Berechnungen zufolge gibt in Deutschland jede Familie mit Kindern unter 16 Jahren durchschnittlich - unter Einbezug der 23 Prozent Familien, die nichts ausgeben - etwa 93 Euro pro Monat für unterschiedliche Bildungsangebote wie eine Kindertagesstätte, Nachhilfeunterricht oder Freizeitaktivitäten wie Sport- und Musikunterricht aus. Die Familien, die tatsächlich Ausgaben tätigen, wenden monatlich rund 120 Euro auf. "Familien tragen einen erheblichen Teil der Bildungsausgaben. Dies gilt umso mehr, wenn man den Bildungsbegriff weit fasst und neben den Ausgaben für formale Bildungsangebote wie Kitas und kostenpflichtige Schulen auch die Ausgaben für informelle und non-formale Angebote wie Tagesmütter oder Sportvereine und Musikunterricht einbezieht", sagen die Studienautoren Carsten Schröder, C. Katharina Spieß und Johanna Storck. Um Bildungsungleichheiten zu reduzieren und individuelle Bildungspotentiale besser auszuschöpfen, empfehlen die DIW-Forscher, Kita-Gebühren noch stärker vom Familieneinkommen abhängig zu machen und einkommensschwache Haushalte auch bei den Beiträgen für andere kostenpflichtige Bildungsangebote stärker zu entlasten.
Nur wenige einkommensschwache Familien geben Geld für Freizeit und Nachhilfe ihrer Kinder aus
Am meisten geben Familien mit einem Anteil von 60 Prozent ihrer Bildungsausgaben für Kindertageseinrichtungen aus. 27 Prozent entfallen auf Freizeitaktivitäten und jeweils sieben Prozent auf Ausgaben für einen kostenpflichtigen Schulbesuch beziehungsweise informelle Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten wie Tagesmütter. Dass Familien mit geringeren Einkommen, sofern sie tatsächlich Ausgaben tätigen, relativ höher belastet sind, gilt für nahezu alle betrachteten Bildungsangebote, also neben den Ausgaben für eine Kita auch für Freizeitaktivitäten und Nachhilfeunterricht. Insbesondere für die beiden letztgenannten Ausgabenarten geben ärmere Familien seltener Geld aus: Für Freizeitaktivitäten tätigen nur 30 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte überhaupt Ausgaben, für Nachhilfeunterricht geben nur sechs Prozent Geld aus. Investieren sie in diesen Bereichen Geld, sind sie mit Ausgabenanteilen von etwa 2,5 beziehungsweise fünf Prozent im Vergleich zu den einkommensstärksten Haushalten (Ausgabenanteil je gut ein Prozent) stärker belastet.
Während die Bildungsausgaben der einkommensschwachen Haushalte fast unabhängig von der Anzahl der Kinder sind, steigen sie in den einkommensstärkeren Haushalten deutlich mit der Kinderzahl. Zudem tätigen Familien deutlich größere Bildungsausgaben, wenn mindestens ein Elternteil einen akademischen Abschluss hat. "Im Hinblick auf ungleiche Bildungschancen ist auch dieser Befund diskussionswürdig, weil Kinder, die aufgrund der Bildung ihrer Eltern ohnehin schon bessere Chancen haben, zusätzlich noch von höheren Bildungsausgaben profitieren", so Schröder, Spieß und Storck. "Um Bildungspotentiale besser nutzen zu können, wäre es sozialpolitisch überlegenswert, dass man ärmere Familien stärker entlastet, indem man die Beiträge für kostenpflichtige Bildungsausgaben stärker als bisher an das Einkommen koppelt."
Die Studie des DIW Berlin analysiert die privaten Ausgaben erstmals vor dem Hintergrund eines breit gefassten Bildungsbegriffs, der auch informelle und non-formale Angebote einschließt. In der amtlichen Statistik werden diese Ausgaben nicht einbezogen. Die DIW-Studie berücksichtigt aus den SOEP- und FID-Datensätzen des Jahres 2012 alle Familienhaushalte, also alleinerziehende Mütter oder Väter ebenso wie Paarhaushalte, in denen mindestens ein Kind unter 16 Jahren lebt. Dass die Studienergebnisse auch dann erhalten bleiben, wenn andere potentielle Einflussfaktoren wie die Anzahl und das Alter der Kinder in einem Haushalt, der Wohnort oder der Bildungsabschluss der Eltern berücksichtigt werden, haben die DIW-Forscher anhand multivariater Analysen überprüft.
Pressestelle
Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
Sebastian Kollmann
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Telefon: +49-30-897 89-249, -252 oder -250
Telefax: +49-30-897 89-200
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-174-183-5713
presse@diw.de
www.diw.de
facebook.com/diw.de
twitter.com/DIW_Berlin
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=588806" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.